

Antrag

der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wirtschaftsnahe Infrastruktur und innovative Wissenschaftsstandorte - Grundlagen für die Strukturentwicklung in der Lausitz schaffen

Die am 3. Juli 2020 im Bundestag und Bundesrat verabschiedeten Gesetze zum Ausstieg aus der Kohleverstromung und zur Strukturstärkung eröffnen ein neues Kapitel in der Geschichte der deutschen Kohleländer. Brandenburg ist gesetzlich verpflichtet, bis spätestens 2038 aus der klimaschädlichen Kohleverstromung auszusteigen. Für die Brandenburger Lausitz bedeutet dies den tiefsten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einschnitt seit der Wiedervereinigung. Das Ziel ist, weitere Strukturbrüche zu vermeiden und die Region gemeinsam mit den Menschen in der Lausitz zu gestalten.

In der Lausitz verdichtet sich schon seit einiger Zeit der umfassende Strukturwandel unseres Landes, der zum Erreichen einer Klimaneutralität spätestens bis zum Jahr 2050 notwendig wird. Dass der Bund seiner Verantwortung für die Lausitz durch das Strukturstärkungsgesetz und die Investition von insgesamt 10,3 Milliarden Euro gerecht wird, ist eine einmalige Chance für die Region, die nun klug genutzt werden muss, um eine klimafreundliche und nachhaltige Struktur aufzubauen. Dafür braucht es auch kleine und mittlere Unternehmen sowie eine gute Gründerkultur. Der Landtag fördert darüber hinaus ausdrücklich ehrenamtliches und bürgergesellschaftliches Engagement sowie neue Beteiligungsformen.

Der Landtag stellt fest:

Der Strukturwandel in der Lausitz ist ein langwieriger Prozess. Er sollte nicht auf dem Reißbrett geplant, aber dennoch bereits mit Blick auf einen sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltigen Erfolg gedacht werden. Die Aufgabe der Landesregierung ist es, die in den Bundesgesetzen verankerten Strukturstärkungsprojekte klug auf den Weg zu bringen und umzusetzen. Darüber hinaus muss sie die Beschäftigten, Unternehmen und Kommunen in der Region über die Maßnahmen des Strukturstärkungsgesetzes hinaus gezielt unterstützen, sofern dies notwendig wird. Gleichzeitig muss die Landesregierung in Zusammenarbeit mit dem Bund die grundsätzlich in dessen Zuständigkeit liegenden Maßnahmen zugunsten der Braunkohleregionen im Sinne der ganzheitlichen Entwicklung der Lausitz mitsteuern. Hierfür muss sich Brandenburg strukturell aufstellen und der Zivilgesellschaft die Möglichkeit geben, ihre Vorstellungen einzubringen. Insbesondere die jungen Lausitzerinnen und Lausitzer sowie auch die sorbische/wendische Perspektive müssen dabei einbezogen werden. Die richtigen Anreize für wirtschaftliche, klimafreundliche und industrielle Ansiedlungen müssen gesetzt sowie darüber hinaus die Voraussetzung für die notwendige Vernetzung innovativer Wissenschaftsstandorte geschaffen werden.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

im Bereich Infrastruktur

1. den Ausbau der Infrastruktur als eine Grundlage für eine erfolgreiche Strukturentwicklung in der Lausitz als einen strategischen Schwerpunkt festzulegen. Dies bedeutet insbesondere,
2. durch gezielte Schienen- und Straßenbauprojekte sowie den Ausbau wirtschaftsnaher Infrastruktur die Anbindung bestehender und die Erschließung neuer Industriekerne und Zukunftsbereiche im Rahmen der Umsetzung der Maßnahmen im Strukturstärkungsgesetz zu ermöglichen. Dazu zählen unter anderem der zügige Bau des zweiten Gleises zwischen Lübbenau und Cottbus, der Ausbau der Bahnstrecke Cottbus-Falkenberg-Leipzig, der Ausbau der Bahnstrecke Cottbus- Dresden mit dem Knoten Ruhland oder der Ausbau der A 13 zwischen dem AK Schönefeld und dem AD Spreewald und die OU B 97 Cottbus.
3. die Lausitz – aufbauend auf den Impulsen der Tesla-Ansiedlung in Grünheide und bestehender Expertise wie z.B. des Testzentrums der DEKRA für autonomes Fahren am Lausitzring – zu einer Modellregion für Mobilität in den Bereichen Elektromobilität, alternative Kraftstoffe und autonomes Fahren zu entwickeln.

im Bereich Wirtschaft/Ansiedlungen

1. die Lausitz als Energie- und Industrieregion zu erhalten und dazu insbesondere den Neubau von Erneuerbare-Energien-Anlagen - beispielsweise auf ehemaligen Tagebauflächen -, wie auch Power-to-X-Technologien bzw. Sektorenkoppelung, sowie Pilotanlagen zur Senkung von Treibhausgasemissionen in Industrieprozessen verwaltungs- und fördermitteltechnisch zu unterstützen.
2. die Ansiedlung von tarifvertraglich abgesicherten Arbeitsplätzen voranzutreiben, darunter insbesondere bei industriellen Ansiedlungen und beim Ausbau des Bahnzentrums Cottbus sowie die Stärkung der Wirtschaftsstandorte BASF Schwarzheide und Schwarze Pumpe durch weitere Ansiedlungen und den Ausbau von Logistikkapazitäten.
3. die Begleitung und Entwicklung bestehender Wirtschaftsunternehmen über die Wirtschaftsförderung Brandenburg (WFBB) weiterhin sicherzustellen und dabei insbesondere die vom Kohleausstieg betroffenen KMU proaktiv bei der Erschließung neuer Märkte, Produkte oder Dienstleistungen zu unterstützen und die kleinteilige Wirtschaftsstruktur und Gründerkultur vor Ort zu stärken.
4. die Instrumente auf europäischer Ebene zur Unterstützung des wirtschaftlichen Strukturwandels konsequent zu nutzen. Hierfür soll die Landesregierung geeignete Umsetzungsszenarien erarbeiten, um im Rahmen des „Just Transition Fund“ der Europäischen Union Fördermittel zu erhalten.
5. in der Region einen naturverträglichen Tourismus zu unterstützen.

im Bereich Verwaltung und Organisation

1. die Gestaltung der Strukturentwicklung durch die Ansiedlung von Landesbehörden gezielt zu stärken. Hierfür wird bis Ende des vierten Quartals 2020 eine Analyse der aktuellen Struktur und ein daraus abgeleitetes Standortkonzept erarbeitet. In Cottbus und der Lausitz sollen damit u.a. durch Ansiedlungen oder Erweiterungen von Außenstellen oder Verlagerungen nachgeordneter Behörden zusätzliche Arbeitsplätze des Landesdienstes geschaffen werden. Darüber hinaus wird die Landesregierung aufgefordert, sich für die Ansiedlung weiterer Bundesbehörden in der Lausitz, einzusetzen.
2. unter Nutzung der Fördermöglichkeiten aus dem Strukturstärkungsgesetz oder anderer Förderprogramme einen Teilhabefonds für die Förderung der Zivilgesellschaft mit klaren und transparenten Förderkriterien aufzubauen, der insbesondere strukturwandelrelevante Projekte fördert und dessen Mittelvergabe durch einen zivilgesellschaftlichen Beirat koordiniert wird.
3. für die Umsetzung der vom Bund unterstützten Projekte im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes einen Kofinanzierungsanteil aus Landesmitteln sicherzustellen, um die zügige Umsetzung der Projekte gerade auch bei struktur- und finanzschwachen Kommunen zu unterstützen.

im Bereich Wissenschaft, Forschung, Kultur

1. ein Konzept zur Einrichtung eines Innovationszentrums Universitätsmedizin Cottbus als Kern der Modellregion Gesundheit Lausitz zu erstellen, das verschiedene Varianten prüft. Dabei sind die Akteure vor Ort miteinzubeziehen.
2. den Aufbau und die Entwicklung von neuen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, insbesondere die Institute des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt für CO₂-arme Industrieprozesse und emissionsarme Flugantriebe sowie die Fraunhofer-Einrichtung für Energieinfrastrukturen und Geothermie zu unterstützen.
3. die Kultur (unter Einbeziehung der sorbischen/wendischen Kultur) weiterhin als Impulsgeber des Strukturwandels zu begreifen.
4. die Akteure vor Ort intensiv in die Erarbeitung des „Kulturplans Lausitz“ einzubeziehen und sicherzustellen, dass das industriekulturelle Erbe der Lausitz auch jenseits des Kulturland-Themenjahres 2021 dauerhaft einen Beitrag zur regionalwirtschaftlichen und kulturtouristischen Entwicklung sowie zur Stärkung der regionalen Identität leistet.
5. das bereits in der letzten Legislaturperiode vom Landtag unterstützte Konzept der „Kulturellen Anker im ländlichen Raum“ auch mit Blick auf die Lausitz weiterzuentwickeln.

Begründung:

Neben mehr Investitionen in die Infrastruktur sowie einem verstärkten Engagement für Unternehmensansiedlungen, Unternehmensumstrukturierungen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze erwarten die Menschen in der Lausitz von der Politik vor allem eines: dafür Sorge zu tragen, dass ihre Region eine Perspektive hat und diese gemeinsam zu gestalten. Brandenburg steht in der Verantwortung, die Strukturstärkungsmittel des Bundes sowie die anfallenden Landesbeteiligungen in diesem Sinne zu nutzen und diesem Auftrag gerecht zu werden. Die Erwartungen sind umso größer, da die Lausitz jahrelang einen immensen Beitrag zur Wertschöpfung und Energieproduktion in Brandenburg beigetragen hat. Der Schlüssel für eine erfolgreiche Strukturentwicklung liegt in einer klugen strategischen Konzeption, in der durch den Ausbau der Infrastruktur unternehmerische Ansiedlungen und den Aufbau eines Netzes an innovativen Wissenschaftsstandorten überhaupt erst möglich gemacht werden.